

Dublin steht unter strengem Regiment

Bewohner dürfen ihre Häuser zur Nachtzeit nicht verlassen; Razzia auf Hauptquartiere der Sinn Feiner; viele verhaftet

Home Rule Bill kommt nächste Woche zur Sprache

Dublin, 21. Febr.—Die Militärbehörden haben eine Proklamation erlassen, welche allen Einwohnern Dublins befiehlt, sich zwischen Mitternacht und 5 Uhr morgens in den Häusern aufzuhalten, und sich nicht ohne besondere Erlaubnis auf der Straße aufzuhalten. Dieser Befehl tritt am 23. Februar in Kraft. Er wurde erlassen, nachdem das Militär am Donnerstag und Freitag zahlreiche Hausdurchsuchungen in den Hauptquartieren der Sinn Fein Freiwilligen vorgenommen hatte. Viele Privathäuser und Geschäftslöcher wurden durchsucht und eine große Anzahl junger Leute verhaftet. Das Militär gebrauchte Panzerautomobile und Tanks.

In Sinn Fein Kreisen dreht sich alles um die Erörterung der neuen Home Rule Vorlage des Premier Lord George, die in der nächsten Woche im britischen Unterhause zur Beratung gelangt. Die Führer erklären, daß dadurch keine Veränderung in den Beziehungen der Irlande zu Großbritannien hervorgerufen werde. Man will aber bemerken, daß ihre

Prohibition treibt Leute aus dem Lande

Heiße, sparsame ausländische Arbeiter kehren zu Tausenden in die Heimat zurück.

Genf, 21. Febr.—Tausende von Polen, Litauern, Tschechen und Jugoslawen, meist dem Mittelstand und Arbeiterklassen angehörig, die in Amerika ein kleines Vermögen erworben haben, sind auf der Reise in ihr Vaterland in der Schweiz angelangt. Ueber Dreihundert derselben erklären, daß die „Prohibition“ der amerikanischen Arbeiter verbündete, nach einem harten Arbeitstag sich keine Erfrischungen zu kaufen, sie aus dem Lande treibe. Die Heimkehrenden liegen zu Tausenden in Basel, Konstanz und Wädenswil, da der Kohlenmangel wegen der Eisenbahnen nicht ins Lande sind, den Andrang zu bewältigen. Mitternachts werden die Schweizerworte ein Hebelgeländ an einem milden Getränk, das unter dem Namen Whiskey zu hohen Preisen verkauft wird.

Papst soll Denkmal am Bosphorus erhalten

Rom, 21. Febr.—Papst Benedikt hat den Entwurf eines Denkmals, das ihm am Bosphorus zur Erinnerung der von ihm während des Krieges bewiesenen Wohltätigkeit errichtet werden soll, genehmigt. Die Gelder für das Denkmal sind von einem Ausschuss in Konstantinopel aufgebracht worden. Das Denkmal wird von dem Bildhauer Quattrini ausgeführt werden, der auch damit betraut wurde, dem Kardinal Rampolla ein Monument zu errichten.

Bayern und Koburg ein Staatswesen

Berlin, 21. Febr.—Der Vertrag, welcher Bayern und Koburg zu einem Staatswesen zusammenschließt, soll am Montag unterzeichnet werden. Die Unterzeichnung soll in München stattfinden.

Neurartionierung des italienischen Volks

Rom, 21. Febr.—Angehts des unglücklichen Beschlusses, der Schwierigkeit der Erlangung von Transportmöglichkeiten und des Mangels an Vorräten hat der Minister-Rat beschlossen, das alle Kartons für Lebensmittel, wie es während des Krieges bestanden, wieder einzuführen.

Verweigerung, die Vorlage des Premier überhaupt in Erwägung zu ziehen, zum größten Teil aufgegeben worden ist. Die Führer erklären, daß Sinn Fein den Kampf über die irische Unabhängigkeit fortsetzen wird. Der Grundstein für eine anglo-irische Freundschaft ist die Selbstständigkeit Irlands. Sobald dieses anerkannt wird, verschwindet jeder Grund für eine Freundschaft Irlands gegen England; von dieser Zeit an wird es in Irlands Interesse liegen, mit der Nachbarinsel in Frieden zu leben“, erklärte der Sinn Fein Führer Griffiths.

Die Arbeiterchaft wird noch einer von dem Arbeiterführer W. O'Brien abgegebenen Erklärung abwarten, was das vorgeschlagene Gesetz bringen wird. „Wir wollen den Plan kennen lernen, ehe wir entscheiden, ob wir darnach arbeiten können“, sagte O'Brien.

Große Hoffnungen erregen die New Yorker Berichte über eine Bekanntmachung des „Präsidenten“ für Irland, De Valera, der sich noch in den Ber. Staaten aufhält. Diese Bekanntmachung, welche von einer „Monroe-Doktrin für Irland“ redet, ist ihrem offiziellen Wortlaut nach noch nicht bekannt geworden, und man wartet die Hebermittlung des selben ab, ehe man dazu Stellung nehmen will. Nach hiesiger Auffassung hat De Valera erklären wollen, daß Irland, solange Großbritannien seine Militär- und Seemacht zur Verfügung hätte, jede kriegerische Einmischung einer dritten Macht in irische Angelegenheiten als einen feindseligen Akt ansehen würde.

Italienische Arbeiter setzen Sowjet ein

Paris, 21. Febr.—Eine Depesche, die die Zeitung „L'Information“ heute aus Rom erhielt, meldet, daß in Setri Levante ein Kampf zwischen Soldaten und Arbeitern stattgefunden habe, nachdem die italienischen Metallarbeiter in jenem Orte eine Sowjet gebildet und erklärt hatten, daß sie die zwei Fabriken des Orts in Besitz nähmen. Als Soldaten dorthin geschickt wurden, kam es zu einem Kampfe. Unruhen aus ähnlichen Ursachen werden von Gaurien berichtet.

Armour macht Millionengeschäft

Chicago, 21. Febr.—Der Schlachthausbesitzer J. Duden Armour erklärte heute, daß er zu dem Wiederaufbau des „Duden Institute of Technology“ \$6,000,000 schenken wolle. Das Grundstück kostet eine Million und die Gebäude werden auf fünf Millionen veranschlagt.

Geddes Vorkämpfer in Washington

London, 21. Febr.—Die Northcliffe Zeitungen sagen, daß Sir Auckland Geddes, Präsident der Handelskammer, zum Vorkämpfer in Washington auserkoren ist. Er wird wahrscheinlich annehmen.

Anstand hinter Schiffen her

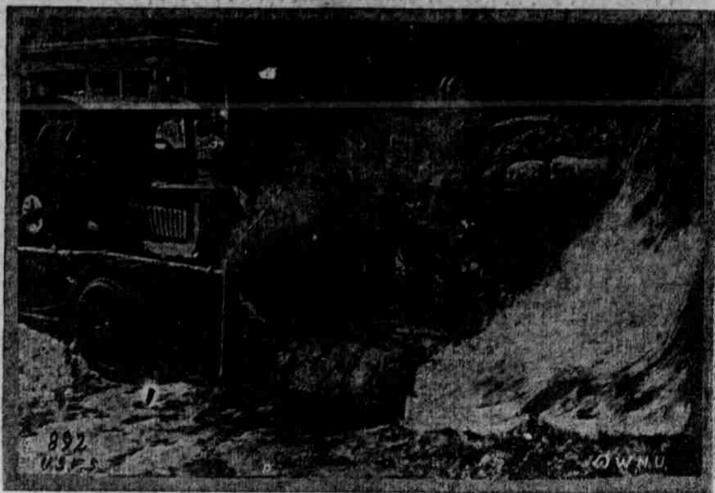
Washington, 21. Febr.—W. A. Clark, Seattle, Wash., unterbreitete dem Handelskomitee des Senats Belege dafür, daß ausländische Intergritäten an dem Zusammenbruch der amerikanischen Handelsmarine arbeiten.

Gebetsverein für das Kaiserpaar

Berlin, 21. Febr.—Wie die Kreuzzeitung mitteilt, wurde in der Gegend zwischen Böhmen und Schlesien ein Gebetsverein für das Kaiserpaar gegründet. Der Verein will durch Gebet zugunsten des einseitigen Kaisers und der Kaiserin wirken, die als die edlen Märtyrer in Amerongen bezeichnet werden.

Senken in Narva

Stockholm, 21. Febr.—Laut einer Depesche aus Kelsingfors wurden in Narva, Nordwest-Russland, und angrenzenden Distrikten 12,000 Erkrankungen an Malaria und Typhus berichtet.



Unter allen Erfindungen, die angewandt wurden, um New York von seiner ungeheuren Schneedecke zu befreien, ist der obige von A. B. Stephens erfundene „Schneefresser“, die erfolgreichste. Diese Maschine läßt brennendes Kohlenpulver aus einem 1,800 Gallonen-Behälter durch zwei Röhren auf die Straße blasen. Die Flamme wird durch einen Schild nahe dem Pfahler festgehalten. Die Maschine läuft fünf Meilen in der Stunde. Sie wurde zuerst in Canada angewendet, um die Bahngelände von den ungeheuren Schneemengen zu befreien.

Alliierte sammeln jetzt Beweismaterial

Vertreter Deutschlands werden wegen englischer Entschädigungen in Belgien vernachlässigt.

London, 21. Febr.—Heute haben Vertreter von England, Frankreich und Belgien mit der Untersuchung der Anlagen gegen 900 deutsche Kriegsverbrecher begonnen. An der Spitze dieser Untersuchungskommission steht Lord Virenhead. Eine Riste von Jungen wird aufgestellt, die dann dem deutschen Staatsanwalt überwiesen werden wird.

Berlin, 21. Febr.—Die deutsche Regierung bezieht sich, jene Deutschen, die des Kriegsverbrechens angeklagt sind, im Reichsgericht zu prozessieren. Die Zeugenerhebung wird bereits nächste Woche beginnen. Es verläutet, daß im Laufe des nächsten Monats der Prozeß im Gange sein wird. Es werden keine Zeugen aus fremden Ländern nach Leipzig kommen. Das Beweismaterial wird von einer Kommission gesammelt und dem deutschen Staatsanwalt zur Verfügung gestellt werden.

Gesetz des Ex-Kronprinzen abgewiesen

Paris, 21. Febr.—Die Alliierten haben beschlossen, den Brief des früheren deutschen Kronprinzen, in welchem er sich erbot, sich für seine Kameraden zum Prozeß zu stellen, nicht zu beantworten.

Uneinigkeit im britischen Kabinett

London, 21. Febr.—Der Daily Chronicle u. Mail zufolge ist im britischen Kabinett wegen der türkischen Frage große Meinungsverschiedenheit ausgebrochen. Mehrere Mitglieder sind entlassen worden, da sie Konstantinopel in Händen der Türken verbleibt, und Lloyd George, der zusammen mit Premier Milnerand beschlossen hat, Konstantinopel den Türken zu belassen, hat einen schweren Stand; eine Kabinettskrise indes ist nicht wahrscheinlich.

Lloyd George erläßt Warnung an Polen

London, 21. Febr.—Lloyd George hat die Erklärung abgegeben, daß England nicht verpflichtet ist, Polen gegen den Bolschewismus im Falle eines Krieges zu unterstützen.

Erhöhte Kontrolle der Schlächtereien

Washington, 21. Febr.—Erhöhte Kontrolle über die Schlächtereien seitens der Regierung wurde von Senator Gronna von N. Dak. empfohlen. Die Empfehlung wurde gemacht, als der Senator die verheerliche Kenyon-Kendrick Bill einbrachte. Unter der Vorlage soll eine Kommission ernannt werden, um nicht allein den Ausbruch des Typhus, sondern auch die Schlachtereien zu überwachen, sondern soll auch eine Kontrolle über die Geschäftsführung der Schlächtereien haben, so daß sie ihre Geschäfte auf der Herstellung von Fleischwaren betreiben können.

Kein Vertrag über Verkauf der Schiffe

Wilson enthüllt Uebereinkommen wegen deutscher Entschädigungen aus dem Verkauf der Schiffe.

Washington, 20. Febr.—In einer formellen Beschrift an den Senat befragt Präsident Wilson, daß er mit Großbritannien ein Uebereinkommen oder Einverständnis geschlossen habe, wodurch über das Schicksal der früheren deutschen Dampfer, die zum Verkauf gestellt wurden, bestimmt worden sei. Wilson erklärt, daß zwischen dem Präsidenten der Ber. Staaten und den Beamten Großbritanniens kein Uebereinkommen oder Einverständnis besteht, das den Verkauf der jetzt im Besitz der Ber. Staaten befindlichen deutschen Schiffe betrifft. Dagegen glaubt der Prozeß im Gange sein wird. Es werden keine Zeugen aus fremden Ländern nach Leipzig kommen. Das Beweismaterial wird von einer Kommission gesammelt und dem deutschen Staatsanwalt zur Verfügung gestellt werden.

Frachtraten auf Getreide verändert

Washington, 21. Febr.—Die zwischenstaatliche Handelskommission hat eine wesentliche Veränderung in den Frachtraten auf Getreide von Nordwesten nach Chicago und St. Louis einreten lassen.

Hoover's Kandidatur

Atlanta, Ga., 21. Febr.—Das demokratische Staatszentalkomitee hat entschieden, daß Herbert Hoover's Name nicht auf die Primärwahlliste als Präsidentkandidat gesetzt werden könne, außer Hoover hat sich als ausgeprohener Demokrat erklärt.

Alaska Kenntiere nach Kanada

Montreal, Kanada, 21. Febr.—Kanada wird tausende Kenntiere aus Alaska einführen und sie in dem Umkreise der Hudson Bai unterbringen. Kenntierfleisch und Kenntierfelle sind gesuchte Handelsartikel.

Kampf gegen die Profit-Schinderei

Deutsche Regierung läßt 500 Personen verhaften; große Mengen Waren beschlagnahmt.

Berlin, 21. Febr.—Die hiesige Polizei eröffnete einen großen Angriff gegen die Hauptstätten der ausländischen und der einheimischen Profit-Schinderei 500 Personen wurden verhaftet, und große Mengen Nahrungsmittel und andere Waren beschlagnahmt, desgleichen bedeutende Geldsummen in Gold und Silber. Die Profit-Schinderei wurde unmittelbar im Zentrum von Altb Berlin betrieblen, in der sogenannten „Judischen Schwitz“, wo sich viele russische und polnische Händler in den letzten Monaten niedergelassen hatten, ohne auch nur die polizeiliche Anmeldungspflicht zu erfüllen, und ein einträgliches Geschäft in aller Art geschmuggelter Waren betrieben, einschließlch auch Kleider, Luxusartikel und Schmuckgegenstände. Von da fanden alle solche Waren, die man über die Grenze gebracht hatte, ihren Weg nach vielen kleinen Geschäften, welche sie veräußern konnten. Die wichtigste Straße dieses neuen Quartiers ist die Grenadierstraße, vom Volke schon längst Profit-Schindergasse genannt.

Bryan Kandidat für Delegate at Large

Lincoln, 20. Febr.—Im ganzen Staat werden Petitionen gesammelt, um den Namen William Jennings Bryan als „Delegate at Large“ für die demokratische Nationalkonvention von San Francisco auf den Wahljettel zu bringen. Als Empfehlung des Kandidaten wird auf den Petitionen angegeben, daß er gegen jede Aenderung der Staats- und Bundesverfassung hinsichtlich der Prohibition sei. Dies können die „Rassen“ im Staat als eine Antwort auf ihre Herausforderung hinnehmen, die sie gegen den „Unvergleichlichen“ durch Empfehlung des Gouverneurs Edwards erlassen haben.

Opposition gegen Eisenbahn-Vorlage

Washington, 21. Febr.—Gegen eine stets wachsende, entschlossene Opposition, die ihre Vertierung verlangt, wurde die Eisenbahn-Vorlage für die Regulierung der Eisenbahnen im Privatbetrieb heute dem Hause zur Schlussberatung übergeben. Man glaubt, daß die Vorlage höchstens eine knappe Mehrheit erzielen wird; doch hoffen die Republikaner zuversichtlich, sie gegen den Widerstand der Demokraten und Arbeiterfreunde durchzusetzen zu können. Die Opposition wird für stark genug gehalten, die Mehrheit für die Vorlage möglichen Falls bis auf 10 herunterzubringen. Die Entscheidung über die Vorlage liegt beim Hause, da sie im Senat nur wenige Gegner zu haben scheint.

Alle Hoffnung auf Ratifikation dahin

Sen. Hitchcock macht die republikanische Partei verantwortlich, weil sie sich zu keinem Kompromiß verstehen will

Sen. Francs reicht eine Friedens-Resolution ein

Washington, 21. Febr.—Die unversöhnlichen Vertragsgegner im Senat beabsichtigen, die dem Volke zu unterbreitende Frage zu vereinfachen, indem sie derselben folgenden Wortlaut geben wollen: „Der Vertrag in seiner jetzigen Verfassung oder überhaupt keinen Vertrag“. Somit soll das Volk vor die Alternative gestellt werden, den Vertrag entweder gutzuheißen oder zu verwerfen. Vorauf und Johnson geben, den Kampf in die Primärwahlen zu tragen und dabei verjagen, Johnson Delegationen zur Wahl zu betheilen.

Sen. Francs Friedensresolution

Witten in der Debatte reichte Senator Francs, Maryland, eine Resolution ein, laut welcher dem Kriegszustand zwischen den Ber. Staaten und Deutschland ein Ende gemacht wird und eine internationale Konferenz zwecks Besprechung der Weltrekonstruktionsfragen einberufen werden soll.

Japaner werden in Sibirien angegriffen

London, 21. Febr. (United Press.) Inzugunsten dem Amur entlang haben japanische Streitkräfte angegriffen und hübsige Gefilde sind im Gange. So meldet eine heutige Depesche aus Moskau. Es verläutet, daß die Inzugunsten Verstärkungen erhalten haben. In einer anderen Depesche wird die Erklärung der russischen Sowjetregierung wiederholt, daß sie zum Frieden bereit sei und nur gezwungen kämpfe. Es wird gesagt, daß die Sowjetregierung nicht beabsichtige, die Nachbarn zu berühren; dies wissen auch Großbritannien, Frankreich, Amerika und andere imperialistische Regierungen.

Wichtiger Zusatz zum Prohibitions-Gesetz

Washington, 21. Febr.—Ein Zusatz zum Volstead'schen Prohibitionsausführungsgesetz, welcher den Einzelstaaten die Bestimmung darüber überläßt, wieviel sie trocken sein wollen, wurde im Hause vom Abg. Minahan, New Jersey, eingereicht. Minahan will den Staaten die Entscheidung darüber überlassen, welchen Prozentsatz von Alkohol ein Getränk zu einem herausgehenden macht, statt alle Getränke mit über 1/2 Prozent Alkohol vom Kongreß als herausgehend verdammen zu lassen. Minahan sagt, daß seine Vorlage sich mit dem Verfassungszusatz deckt, indem sie einfach den Ausdruck „herausgehende Getränke“ definieren wolle und die im Zusatz vorgeschriebene Bestimmung der Einzelstaaten, die Rechte ihrer Staatsbürger zu vertreten, anerkenne.

1 Cent Postmarken

Washington, 21. Febr.—Das Senat Postoffice-Komitee hat eine 1-Cent Marke für alle einfache Briefe festgelegt. Viele Verbesserung wurde der Bewilligungs-Vorlage für Postmarken einverleibt und später wurde auch die Bewilligung von \$1,400,000 für den Luftpostdienst derselben Vorlage angehängt. Die Geldbewilligung ist für die Errichtung eines geregelten Luftpostverkehrs zwischen New York und San Francisco.

Wilson soll es bewerkstelligt haben

Berlin, 21. Febr.—Die deutsche Presse sagt jetzt, daß das Rückgehen der Alliierten in der Auslieferung Angelegenheit auf eine Drohung seitens Präsident Wilson zurückzuführen sei. Berliner Zeitungen erklären mit Berufung auf eine „verlässliche neutrale Quelle“, daß Präsident Wilson in einer zweiten Note, die keinen Protest in der adriatischen Angelegenheit beifügt gewesen sei, gedroht habe, daß die Ber. Staaten sich gänzlich von Europa zurückziehen würden, wenn die Alliierten auf ihrer Forderung beständen, daß die fast 900 Deutschen, die Kriegsverbrechen beschuldigt worden sind, ausgeliefert würden. Diese Note sei die Folge eines Drucks gewesen, den die südlichen Staaten Amerikas auf die Regierung in Washington ausgeübt hätten, weil die Südstaaten die innere Ruhe in Deutschland erhalten zu sehen wünschten, damit sie Baumwolle und Nahrungsmittel an Deutschland verkaufen könnten.

Ganz postiert 205 Vorlagen

Washington, 21. Febr.—Von den 12,644 Gesetzesvorlagen, die im Laufe eingereicht wurden, sind bisher 205 angenommen worden.

Wetterbericht

Für Omaha und Umgegend — Bewölkt heute nacht und Sonntag; etwas kälter heute nacht.